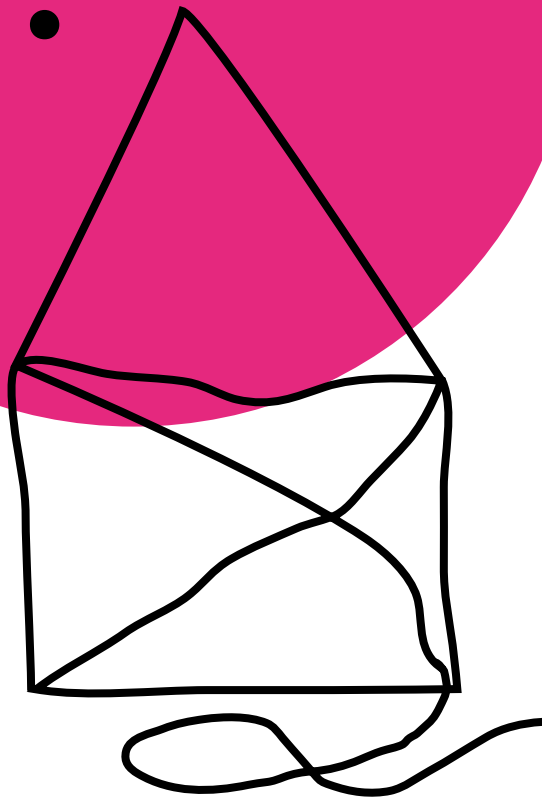
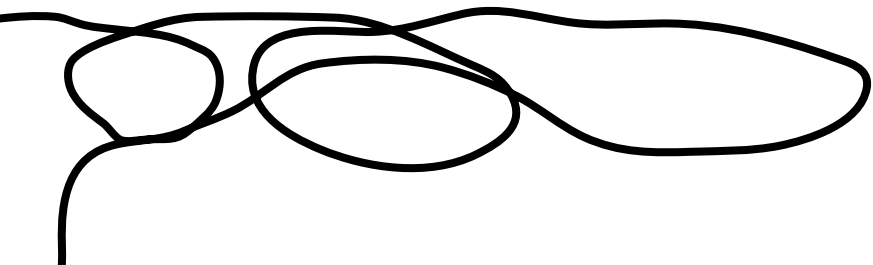


UND **WER
STEHT
DRAU
SSEN?**





ICKKE!?

Die Broschüre, die du in der Hand hältst, behandelt die prekäre Situation von sozialen Einrichtungen in Berlin. Wir hören immer wieder von Kindergärten, Jugendzentren, betreutem Wohnen oder anderer sozialer Infrastruktur, die ihre Räume verlieren und umziehen müssen.

Doch nicht immer gibt es Räume zum Ausweichen.

Aufgeteilt ist die Broschüre in drei Teile.

/1 Der erste Teil gibt eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation wieder und welche Relevanz kleine Träger haben. Es wird dabei auch auf die Folgen eingegangen, unter welchen die Umgebung der sozialen Einrichtungen bei einer Verdrängung zu leiden hat, ebenso wie auf die Schwierigkeiten bei der Suche nach Ersatzobjekten.

/2 Der zweite Teil behandelt die rechtliche Situation, in der sich soziale Träger mit ihren Räumen befinden. Dabei möchten wir uns den Fragen widmen, was bei einer Kündigung zu tun ist und was rechtliche Möglichkeiten dahingehend sind. Des Weiteren wird auf städtebauliche Möglichkeiten der Bezirke eingegangen und wie sie soziale Einrichtungen vor der Verdrängung schützen können. Abschließend wird eine Gesetzesänderung von Anfang 2019 hinsichtlich der Mietsituation für betreute Wohneinrichtungen vorgestellt.

/3 Im dritten und letzten Teil geht es um die Optionen, die ihr als soziale Einrichtungen habt. Es ist eine Auflistung von Vorschlägen, die bestimmt nicht vollständig ist, aber euch umfangreiche Möglichkeiten bieten soll. Seien es Basics wie die Suche nach Verbündeten und dem Schaffen von Öffentlichkeit. Aber auch auf Möglichkeiten, wie ihr über den Bezirk an Infos kommt, oder worauf ihr bei einer Pressemitteilung achten müsst, wollen wir euch aufmerksam machen. Somit ist „Und wer steht draußen? - Icke!?“ eine ausführliche, aber dennoch kompakte Broschüre zu sozialen Einrichtungen in der Gentrifizierung. Die Verdrängung betrifft viele von uns und wir sollten gemeinsam dagegen vorgehen. „Und wer steht draußen? - Icke!?“ gibt mit der Beschreibung über die Situation, den Abriss über rechtliche Möglichkeiten und dem Abschnitt „was tun“ einen Überblick über die aktuelle Lage und die Handlungsmöglichkeiten, die für den Erhalt von sozialer Infrastruktur notwendig ist.

WO LIEGT DAS PROBLEM

Heutzutage wird Wohnraum nur noch als Ware angesehen.

Das schließt nicht nur unseren realen Wohnraum ein, sondern auch die Orte des Zusammenkommens. Orte der Vernetzung, der Hilfe oder des Unterstützens werden zu Spekulationsobjekten und sind somit bedroht von Verdrängung. Diese Orte wie Kitas, Bildungseinrichtungen, Kinder- und Jugendeinrichtungen oder betreute Wohngemeinschaften sind ein essenzieller Bestandteil unserer sozialen Infrastruktur. Wir brauchen diese Orte, damit wir gleichberechtigt leben können!

Aber was ist eigentlich Phase?

Durch den angespannten Immobilienmarkt verschwinden immer mehr soziale Einrichtungen aus der Nachbar*innenschaft. Hohe Gewerbemieten und viele Wechsel der Eigentümer*innen sind das Problem. Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs von 2008 bilden soziale Träger juristische Personen, was bedeutet, sie können keinen Wohnraum zu eigenen Zwecken anmieten. Sie sind also auf Gewerbemietverträge angewiesen, obwohl sie meistens nicht gewinnbringend arbeiten. Anders als beim Wohnraummietrecht gibt es bei Gewerbemietverträgen keine Mietpreisbremse oder eine Kündigungsfrist. Dies bietet sozialen Trägern keinen ausreichenden Schutz vor Mietenspekulation und der Willkür von Investor*innen. In Berlin stiegen die Gewerbemieten bereits 2017 um 9,9% an. So sind die Berliner Gewerbemietflächen zu einem Wettbewerb geworden, dem soziale Einrichtungen nicht standhalten können. Diese Räume, diese Stadt, dieser Kiez, wurde von den Menschen und ihren sozialen Beziehungen geschaffen, die nun an den Rand gedrängt werden.



Dass soziale Einrichtungen nur unter Gewerbemietverträgen Räume anmieten können bedeutet, dass sie oft zeitlich befristet sind. Es gibt keinen Kündigungsschutz, die Miete ist frei verhandelbar und auch die Laufzeit der Projektförderung des Trägers hat einen Einfluss auf die Laufzeit des Mietvertrags. Wenn die Förderung endet wird oft auch die Miete neu verhandelt.

Diese Mietsteigerungen und Kündigungen treffen vor allem kleine soziale Träger, völlig schutzlos. Im Gegensatz zu großen Trägern besitzen kleine Träger keine finanzielle Flexibilität. Dies führt zu einer wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen den Trägerschaften. Aktuell sind in Berlin zum Beispiel ca. 35 Kinderläden akut von Verdrängung bedroht. Der DAKS verzeichnete 2017 fünfzig gekündigte Kinderläden. Ein trauriges Beispiel ist der Kinderladen „Trau dich“. Trotz vielen Protestaktionen und Initiativen mussten sie schließen. Jetzt werden die 22 Kinder des Kinderladens auf andere Einrichtungen verteilt. Noch härter trifft es betreute Wohnformen. In Berlin sind ca. 10.000 Menschen in Trägerwohnungen untergebracht.

Das Bereitstellen von betreutem Wohnen ist in allen Bereichen der Sozialen Arbeit ein wichtiger Bestandteil und eine Voraussetzung für ein (zumindest teilweise) selbständiges Leben. Menschen in betreuten Wohnformen sind meist nicht in der Lage, eigenen Wohnraum anzumieten. Sie sind deshalb auf Trägerwohnungen angewiesen. Leider haben diese aber einen Gewerbemietvertrag, der oft nicht verlängert wird. So müssen die Bewohner*innen umziehen, was Umgewöhnung mit sich bringt und nicht Jeder*Jedem leicht fällt. Vor allem jene, die Sicherheit und Unterstützung brauchen, gehören in die Mitte unserer Gesellschaft und nicht an den Rand. Ohne diesen Wohnraum, in ihrer gewohnten Umgebung, würde ihnen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben verwehrt bleiben. Freie Träger machen 15% des aktuellen Betreuungsangebots aus. Wenn sie ihre Räume aufgrund der steigenden Mieten verlieren, finden sie in der

Nachbar*innenschaft keine bezahlbare Alternative. Dies bedeutet, dass das Angebot ohne Ersatz aus dem Kiez verschwindet. Ein vielfältiges Angebot ist aber wichtig, da viele Adressat*innen unterschiedliche Bedürfnisse haben. Wenige Einrichtungen können dem nicht gerecht werden, daher brauchen wir ein vielfältiges Angebot, in jedem Kiez. Obwohl soziale Einrichtungen sichere und langfristige Mieter*innen sind, haben sie es schwer, sich auf dem Wohnungsmarkt durchzusetzen. Woran liegt das? Soziale Einrichtungen sind gemeinnützig und nicht kommerziell, sie haben keine Einnahmen und sind nicht konkurrenzfähig. Sie haben einen festgelegten Etat, in dem alle Ausgaben kalkuliert sind. Ist die Miete zu hoch, fehlt das Geld an anderer Stelle. Billige Mieten werden gebraucht, da die Refinanzierung oft durch öffentliche Mittel läuft. Fallen Räumlichkeiten durch Kündigungen weg, ist es allerdings oft nicht möglich, Ersatz zu ähnlichen Konditionen zu finden.

Dadurch verändert sich das Angebot oder verschwindet komplett. Speziell soziale Einrichtungen brauchen bestimmte Konditionen, damit sie ein gutes und nachhaltiges Angebot gestalten können, daher ist nicht jede Räumlichkeit geeignet. Für ein gutes und nachhaltiges Angebot sind viele Faktoren zu beachten. Zum Beispiel der Standort: Ist dieser erreichbar mit dem öffentlichen Nahverkehr? Ist er auf einer Hauptstraße gelegen oder in einer Seitenstraße? Sind Grünanlagen in der Nähe? Welche Beratungs- und Pflegeinfrastrukturen sind in der Nähe? Sind Schulen oder Kitas im Umkreis? Wie zentral ist der Standort? All diese Faktoren haben einen Einfluss darauf, wie sehr eine soziale Einrichtung genutzt wird. Natürlich spielt auch die Zugänglichkeit eine essentielle Rolle, wie z.B. Barrierefreiheit oder Sprachenvielfalt. Aber auch die Sichtbarkeit ist entscheidend, die Adressat*innen müssen sehen, dass da ein Raum für sie existiert.

Stimmen diese Faktoren nicht, büßt die Räumlichkeit schon an Nutzbarkeit ein. Nicht jeder Ort ist geeignet. Und nicht alle sozialen Einrichtungen braucht die gleichen Räume. So ist es z.B. für eine Kinder- und Jugendeinrichtung wichtig, dass die Kinder diese gefahrlos auch allein erreichen können. Die Bedürfnisse sozialer Einrichtungen sind so vielseitig und vielfältig wie ihre Nutzer*inn. Nicht nur das Gewerbemietrecht führt zur Verdrängung von sozialen Einrichtungen aus unserer Nachbar*innenschaft. Der Verkauf von öffentlichem Wohnraum an professionelle Immobilienfirmen und der daraus resultierende Verlust städtischer Kontrolle führt dazu, dass zwischen Vermietenden und Mietenden kein Bezug mehr existiert. Dieser Eigentümer*innenwechsel bringt oft Kündigungen und Sanierungen mit sich und letzten Endes auch Mieten, die sich niemand leisten kann.



Diese Immobilienfirmen wissen nicht, was der Kiez braucht oder will. Sie haben kein Bezug zum Kiez, kein Gefühl und wahrscheinlich auch kein Interesse. Sie orientieren sich lieber gewinnbringend, ganz nach dem Motto: „Gastro statt Kinderladen“. Was da die Bedürfnisse der Anwohner*innen sind und ob sie noch eine dritte Craftbeerbar brauchen, spielt kaum eine Rolle.

Diese Verdrängung hat nicht nur Auswirkungen auf die Träger, die unter einem hohem Finanzdruck leiden und sich, statt zu arbeiten, mit Immobilienverwaltung auseinandersetzen müssen. Vor allem für ihre Adressat*innen hat die Verdrängung harte Folgen.

Sie haben keinen rechtlichen Schutz (in Trägerwohnungen) und büßen an Sichtbarkeit, Teilhabe und Inklusion ein. Die Passgenauigkeit des Angebots ändert sich und erreicht somit nicht mehr alle. Auch haben vor allem betreute Wohnprojekte das Problem, keine neuen Nutzer*innen mehr aufnehmen zu können, da sie entweder keinen Platz haben oder nicht wissen, wie lange sie die Wohnung noch mieten können. Dadurch verlangsamen sich Prozesse, wie z.B. die Verselbständigung von Nutzer*innen. Unser Stadtzentrum verändert sich zu einem Ort für privilegierte Menschen. Jene, die auf Hilfe angewiesen sind, werden rigoros an den Rand der Stadt verdrängt.

Wer kann sich denn noch eine Wohnung in Mitte leisten? Unter diesem Verdrängungsdruck leiden alle sozialen Einrichtungen, wie z.B. Kinderläden, Beratungs- und Betreuungsangebote, Trägerwohnungen, Begegnungsstätten oder Senior*innenheime. Diese Orte sind abhängig von staatlichen Leistungen, also brauchen wir ein Mietlimit, das angelehnt ist an die in der Trägerfinanzierung vorgesehenen Kosten.

Berlin braucht ein Gewerbeflächensicherung und ein Entwicklungskonzept, das den Bedarf sozialer Träger berücksichtigt.

Unser Sozialraum muss durch Regulierungen im Mietbereich, aber auch der Infrastruktur geschützt und gestärkt werden! Damit alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen in unserer Gesellschaft sichtbar werden und teilhaben können.

BEISPIEL DRUGSTORE UND POTSE

Wir haben Ende des Sommers 2015 erfahren, dass die Mietverträge, welche das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg mit dem Eigentümer des Gebäudes hatte, nicht verlängert wurden. Zu diesem Zeitpunkt waren seit über 44 Jahren das Drugstore und seit 36 Jahren die Potse als selbstverwaltete Jugendzentren in diesen Räumen. Im Drugstore bauten Menschen aus dem Kollektiv gerade das Aufnahmestudio des Jugendzentrums aus, als sie diese Nachricht erlief. Die Bauarbeiten wurden abgebrochen und bis zu ihrem Auszug am 31.12.2018 auch nie weitergeführt. Am Anfang gab es bei uns eine große Hilfslosigkeit, wie mit der Situation umzugehen ist. Aber auch eine große Frustration, als wir feststellten, dass wir von der Bezirkspolitik nicht ernst genommen wurden. Dabei war es die Politik, welche das Gebäude an Investor*innen verkauft hat. Wir haben dann mit Demonstrationen und Konzerten vor der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), mit jahrelanger Begleitung dieser und vielen Gesprächen mit Politiker*innen sowie durch gezielte Pressearbeit auf unsere Situation aufmerksam gemacht. So haben Jugendliche mehrmals die BVV-Sitzungen besetzt, da diese keine Lösung für die Jugendzentren finden wollte.

Auch haben wir uns in dieser Zeit mit vielen Kiez- und Mietinitiativen vernetzt. Die Suche nach Ersatzräumen war frustrierend. Es gab kaum Ersatzobjekte und insbesondere keine, in denen wir unser vielfältiges Angebot nur ansatzweise hätten unterbringen können. Ein Kompromissvorschlag für eine Zwischennutzung wurde vom Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) verhindert. Ende 2018 hat das Drugstore dann die Schlüssel abgeben müssen und sitzt seitdem ohne Ersatzräume auf der Straße. Ein versprochenes Ersatzobjekt für leise Nutzungen ist frühestens im Frühjahr 2021 fertig. Die Potse hat die Räume besetzt um die Jugendarbeit fortsetzen zu können und um öffentlich für adäquate Ersatzobjekte für beide Jugendzentren zu kämpfen. Eine gewaltsame Räumung durch das Land Berlin steht an, da es kaum politisches Interesse an dem Erhalt der Jugendarbeit gibt. 2020 wurden von Jugendlichen drei Häuser besetzt um Platz für selbstverwaltete Jugendzentren zu schaffen, alle wurden ohne Verhandlungen geräumt. Jugendarbeit mit dem Polizeiknüppel.

Website: gentrifidingsbums.blogspot.de

Kontakt: drugstore@illithids.de; potse_berlin@riseup.net





BEISPIEL

SCHILLERIA

Die Schilleria ist ein Jugendclub spezialisiert auf Empowerment- und Freizeiträume für Mädchen und junge Frauen ab 7 Jahren. Hier können Mädchen unter sich sein, entspannen oder bekommen bei Bedarf Hilfe und Unterstützung.

Auch wir von der Schilleria haben ständig Angst, dass wir irgendwann die Miete für unseren Mädchentreff, der ein Schutz- und Rückzugsraum für Mädchen und junge Frauen darstellt, von unserem Budget nicht mehr zahlen können. Mitte September 2017 hatte die Schilleria die Kündigung ihrer Räume zum 31. 12. 2017 erhalten. Wir sollten also ganz schnell raus, was für uns natürlich unvorstellbar war. Wir versuchten den Eigentümer über die Hausverwaltung zu erreichen, was uns aber nicht gelang. Als die Politiker des Bezirks sich für uns einsetzten, da wir medialen Druck machten und an die Öffentlichkeit gingen, fand sich auf einmal ein Eigentümer, der mit sich eine neue Miete verhandeln ließ. Seitdem zahlen wir pro Quadratmeter mehr als das Doppelte der Nettokaltmiete, haben zudem eine Staffelung von 2% jährlich und wir müssen Ende 2021 den Mietvertrag neu verhandeln. Natürlich bangt es uns, wenn wir daran denken, denn zudem werden die Haushaltskürzungen wegen den Coronaausgaben des Staates in 2022 auf uns zukommen und wir hoffen sehr, dass unser ohnehin geringes Budget nicht gekürzt wird, denn unser Laden ist voll. Bei uns läuft es gut und die Schilleria ist wie ein zweites Zuhause für einige unserer Besucherinnen.“

www.schilleria.de

BEISPIEL

BANDE e.V.

Unser Kinderladen Bande e.V., der nunmehr seit 37 Jahren Kinder in ihrem Aufwachen begleitet, erhielt 2017 die Kündigung von der Deutsche Investment Kapitalverwaltungsgesellschaft GmbH, zu der der Immobilienfonds Deutsche Investment-Wohnen III gehört.

Wir als Elterninitiativprojekt fanden schnell eine Antwort auf die Frage: Was nun? Nämlich: Um unsere Bande kämpfen!!!, indem wir Netzwerke schaffen, Öffentlichkeit herstellen. Präsenz zeigen und unsere Daseinsberechtigung verteidigen. Wie? Wir verteilten in unserer Elternschaft Aufgaben :

- Bürokratische: Grundbucheintrag checken, Anwälte kontaktieren, Politiker*innen sensibilisieren
- Mediale: Website erstellen, Facebook beitreten, journalistisches Interesse wecken um uns Gehör in den Printmedien und dem Fernsehen zu verschaffen.

Aber vor allem erhielten wir Solidarität durch unseren Kiez SO36, deren Nachbar*innen und Gewerbetreiber*innen, durch andere Soziale Einrichtungen, Freund*innen durch die Zusammenarbeit mit den Initiativen Bizim Kiez, GloReiche, Kotti & Co., OraNostra und Zwangsräumung verhindern. Gemeinsam haben wir unser Ziel erreicht zu bleiben! Vorerst.

Hey... es gibt Durststrecken, Ohnmachtsgefühle, Wut aber vor allem auch Aktionen, Spaß, Solidarität und somit das Gefühl nicht allein zu kämpfen. Wehrt euch! Bleibt widerständig und steht für das Unrecht in diesem überholten Gewerbemietrecht ein!

Solidarische Grüße vom Kinderladen Bande e.V.
<https://kinderladen-bande.de/>



BEISPIEL KINDERLADEN TRAU DICH

Unsere Geschichte ist keine Erfolgsgeschichte, und trotzdem hat sich der Kampf gelohnt. Unsere Kinder und auch wir Bezugspersonen haben jedenfalls gelernt, dass man sich nicht alles gefallen lassen muss, und dass man sich zusammenschließen kann.

Der Kinderladen Traudich bestand seit 25 Jahren in der Kreuzberger Eisenbahnstraße. Wir Eltern erfuhren auf einem Elternabend, dass der Laden schließen musste. Der Hintergrund: Der Mietvertrag lief über eine Privatperson, nämlich die Kitaleiterin und Erzieherin. Diese wollte den Kinderladen abgeben, da sie aus familiären Gründen in eine andere Stadt ziehen musste. Ihre Versuche, den Kinderladen an einen anderen Träger abzugeben, scheiterten aber an der Vermieterin. Diese nutzte die Gelegenheit der Kündigung, den Kinderladen gleich ganz loszuwerden. Und auch der Träger, der Verein Traudich e.V., stellte sich als wenig hilfreich heraus. Die ehemalige Elterninitiative war bisher nur im Hintergrund aktiv gewesen und für uns aktuelle Eltern wenig transparent. Der Verein unterstützte uns nicht bei den Rettungsversuchen, sondern legte uns eher Steine in den Weg. Unser erster Tipp also: Vermeidet private Gewerbemietverträge! Achtet, wenn ihr könnt, auf eine transparente Organisationsstruktur.

Als Eltern und Bezugspersonen mussten wir uns von heute auf morgen organisieren.

Wir haben AGs gebildet u.a. zu den Themen Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, Kontakt zur Politik, Gründung einer Elterninitiative, Kundgebung organisieren. Das funktionierte teilweise sehr gut, allerdings trugen einige wenige Personen die Hauptlast - auch, weil die Erfahrung mit politischer Arbeit sehr unterschiedlich groß war. Deshalb unser zweiter Tipp: Nehmt euch Zeit für Plena und tauscht euch wirklich aus! Vermittelt euch gegenseitig Knowhow und bringt Struktur rein (wer macht was bis wann; wie wird kommuniziert; wer hat welche Kapazitäten und Erfahrungen).

Vieles lief trotzdem sehr gut: Über eine neu angelegte Facebook-Seite und einen E-Mail-Verteiler haben wir sehr schnell Unterstützung erfahren. Als Bilanz lässt sich sagen: Die Solidarität in Kreuzberg 36 ist immer noch riesengroß, ebenso wie der Erfahrungsschatz anderer Projekte und Inis. Sehr viele Projekte aus dem Kiez unterstützten uns. Neben Bizim Kiez haben besonders OraNostra, das Bündnis Gewerbetreibender aus der Oranienstraße, und der Kinderladen Bande uns intensiv beraten. Dafür vielen Dank an alle. Unser dritter Tipp: Vernetzt euch, nutzt die Erfahrungen anderer und gebt euer Wissen weiter!

Gut funktioniert haben auch Pressearbeit und der Kontakt zur Verwaltung. Unterschiedliche Medien von B.Z. bis Tagesspiegel haben berichtet und auch unsere Kundgebung begleitet. Einzelne Personen aus der Bezirks- und Senatsverwaltung haben mit allen Mitteln und sehr engagiert versucht, die Kita zu retten und, als das nicht klappte, neue Betreuungsplätze für unsere Kinder zu finden. Also unser vierter Tipp: Keine Angst vor der Verwaltung! Seht sie als Verbündete, soweit es möglich ist.

Ernüchternd war aber das Ergebnis: Da Eigentumsrecht vor sozialer Verantwortung kommt, hatte weder die Bezirksbürgermeisterin noch die Kitaaufsicht eine Möglichkeit, die Vermieterin zur Weitervermietung zu bringen. Die Räumlichkeiten der Kita stehen bis heute leer. Unser fünfter Tipp ist deshalb: Setzt euch für eine verbesserte Gesetzeslage ein! Kämpft für einen Schutz für Gewerbemieten, kämpft dafür, das Eigentum wirklich verpflichtet, so wie es auch im Grundgesetz verankert ist.

Alle Infos zu unserer Geschichte auf Facebook: <https://www.facebook.com/KiLa.Trau.Dich/>

RECHTLICHE UND FORMALE MÖGLICHKEITEN

Soziale Träger befinden sich mit ihren Einrichtungen meistens in Gewerbe- und/oder Mischgebieten,¹ da die Vermietung für Kinderläden, Jugendzentren und kulturelle Einrichtungen über Gewerbemietverträge laufen. Bei diesen Verträgen gibt es keine Schutzmechanismen wie beim Wohnen. So sind Gewerbemieten frei verhandelbar und die Verträge in der Regel zeitlich befristet. Eine fristgerechte Kündigung, ein Auslaufen des Mietvertrages oder die Forderung nach einer absurd hohen Miete kann demnach schnell das Aus für eine Einrichtung bedeuten.

Es gibt auch keinen Milieuschutz für soziale Einrichtungen, wie es ihn für Wohnraum in manchen Kiezen gibt. Somit ist die rechtliche Situation von sozialen Einrichtungen sehr prekär, wenn diese um ihre Existenz bangen müssen.

Rechtlich gegen eine Kündigung eines Gewerbemietvertrags vorzugehen ist schwierig, da es kaum Schutz für Gewerbemietnehmer*innen gibt. Möglichkeiten wie die Nutzung in dem Gebäude einfach fortzusetzen, wenn es keine Ersatzräume gibt, sind wohl für die meisten Träger keine Option und laufen auf eine Zwangsräumung und mögliche Schadensersatzansprüche hinaus. Es ist festzustellen, dass die soziale Infrastruktur in Berlin stark gefährdet und kaum geschützt ist. Um den Verlust der Räume bei einer Kündigung zu verhindern muss der*die Eigentümer*in einlenken. Sei es gegen eine höhere Miete oder unter ausreichendem Druck durch Politiker*innen oder der Öffentlichkeit. Mit politischem und öffentlichem Druck auf eine*n Vermieter*in einzuwirken ist aber auch nur dann möglich, wenn sich diese*r nicht hinter einem Netz aus Briefkastenfirmen versteckt.

Im Folgenden werden ein paar Möglichkeiten vorgestellt, wie gegen eine Schließung vorgegangen werden könnte. Dennoch sieht es nicht besonders gut aus. Die erste Forderung nach einer Gemeinbedarfsfläche muss vom Bezirk umgesetzt werden.

Bei einer Kündigung immer erst eine*n Anwalt*in kontaktieren, der*die sich mit Gewerbemietrecht auskennt, bevor darauf reagiert wird!
Es kann sein, dass die Kündigung nicht rechtskonform ist.

Eine Möglichkeit neben der Anmietung ist der Kauf von Räumen. Aber ein Kauf von Räumlichkeiten ist nur mit ausreichenden finanziellen Ressourcen möglich. Als einen Hoffnungsschimmer, zumindest für betreutes Wohnen, gibt es seit 2019 eine Gesetzesänderung, die einen besseren Schutz ermöglicht, wenn auch nur für neuere Anmietungen.

WAS TUN IM FALLE EINER KÜNDIGUNG

Es gibt verschieden Gründe, wieso ein Gewerbemietvertrag beendet wird. Zum Beispiel durch Zeitablauf, also das Ende der vereinbarte Mietzeit. Wird die Nutzung fortgesetzt, gilt das Mietverhältnis auf unbestimmte Zeit weiter. Dies kann aber im Vertrag ausgeschlossen werden. Ebenso können dort jedoch auch weitere Verlängerungsklauseln, z.B. eine Verlängerungsoption, festgelegt sein.

Eine Beendigung durch eine ordentliche, fristgerechte Kündigung ist innerhalb von einer gesetzlichen Frist von 6 Monaten möglich. Dabei muss die Kündigung aber bis zum dritten Werktag eines Quartals dem Mietenden zugekommen sein.² Auch hier kann es Abweichungen im Mietvertrag geben, z.B. längere Fristen. Bei dieser Art von Kündigung braucht es keine Angabe von Kündigungsgründen. Im Gegensatz dazu muss eine fristlose Kündigung begründet sein, dafür muss ein schwerwiegender Grund vorliegen. Auch ist im Normalfall eine vorherige Abmahnung nötig, die der Mietpartei ermöglichen soll, den Grund zu beseitigen.³

Wenn es noch nicht zu einer Kündigung gekommen ist, aber ihr das Gefühl nicht loswerdet, der*die Vermieter*in will euch kündigen, empfiehlt es sich, den Mietvertrag von einem*einer Anwalt*in auf Fehler prüfen zu lassen. Denn nichts ist ärgerlicher, als wegen einem kleinen Fehler im Mietvertrag gekündigt zu werden.

- /●1 Ruhe bewahren
- /●2 Mit der Kündigung zu einem*einer Anwalt*in gehen
- /●3 Wenn die Kündigung rechtswidrig ist: aufatmen und das machen, was der*die Anwalt*in sagt
- /●3.1 Wenn die Kündigung rechtmäßig ist, auf jeden Fall diese Broschüre zu Ende lesen

¹ Wohn- und Gewerbegebiet, in welchem nicht störendes Gewerbe zulässig ist.

² § 580a Abs. 2 BGB

³ § 543 Abs. 3 BGB

GEMEIN BEDARFS FLÄCHE

Es gibt die Möglichkeit, durch den Bezirk in Bebauungsplänen Gemeinbedarfsflächen festzulegen, um den Erhalt von sozialen Einrichtungen zu ermöglichen.

Die Gemeinbedarfsfläche führt dazu, dass das Gebäude/Grundstück nur für den vorgegebenen Zweck genutzt werden darf. Der Bebauungsplan darf nur aufgestellt werden, soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist.⁴ Laut dem Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages liegt einer Planung, welche das Ziel verfolgt, die Verdrängung von einer sozialen Einrichtung zu vermeiden, eine legitime positive Planungsvorstellung zugrunde und ist somit baurechtlich vertretbar.⁷ Dementsprechend kann die Forderung nach einer Gemeinbedarfsfläche eine Möglichkeit sein, die Kita, das soziale Zentrum oder die Kulturlocation zu erhalten.

Ob und wie häufig dieses Instrument genutzt wird ist uns nicht bekannt. Die Forderung nach einer solchen Umwandlung in Gemeinbedarfsfläche, um die selbstverwalteten Jugendzentren Drugstore und Potse in Berlin-Schöneberg zu erhalten, wurde durch den zuständigen Stadtrat aus der Befürchtung abgelehnt, der Bezirk müsse die Kosten für eine mögliche Enteignung zum Verkehrswert⁸ tragen. Generell lässt sich feststellen, dass die Ämter wenig bis kaum Erfahrung mit diesem städtebaulichen Instrument haben.

GEMEIN BEDARFS FLÄCHE

ist ein Begriff aus dem Bau- und Planungsrecht.

Es ist ein Instrument, mit welchem es Bezirken möglich ist, Flächen in einen Bebauungsplan⁴ oder Flächennutzungsplan⁵ für Zwecke, die der Allgemeinheit dienen, festzusetzen. Das betrifft insbesondere Kindertagesstätten, soziale und kulturelle Einrichtungen. Dies ist aber nur möglich, wenn kein in gleichem Maße geeignetes Grundstück der öffentlichen Hand zur Verfügung steht. Wenn dem*der Eigentümer*in dies wirtschaftlich nicht zumutbar ist, kann diese*r auf seine*ihre eigene Enteignung zum Verkehrswert bestehen. Wenn der*die Eigentümer*in sich nicht an die Gemeinbedarfsfläche hält, kann er*sie enteignet werden.

⁴ § 5 Abs. 2 Nr. 2 BauGB

⁵ § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB

⁶ § 1 Abs. 1 Satz 1 BauGB

⁷ Vgl. S. 7 WD 7-3000-072/18

⁸ Der Aktuell geschätzte Wert eines Gebäudes oder Grundstücks

ERWERB VON RÄUMEN

Eine weitere Möglichkeit ist das Kaufen von Räumen. Dies benötigt aber, abgesehen von Eigenkapital, auch eine ausreichende Finanzierung durch Banken oder Stiftungen. Des Weiteren liegen die Quadratmeterpreise für Wohnungen in Berlin bei mehreren Tausend Euro. Aber auch die Quadratmeterpreise für Gewerbe sind in einer Eigenfinanzierung kaum bzw. nicht zu stemmen.

Beim Kauf oder dem Bau einer neuen sozialen Einrichtung kann sich mit weiteren sozialen Trägern zusammen getan werden um dann über einen Verband, wie z.B. den Paritätischen Wohlfahrtsverband, die zusätzliche Finanzierung zu organisieren. Aber auch dies funktioniert nur bei ausreichend Eigenkapital und dem Finden von Objekten, die nicht stark überteuert sind.

BETREU TES WOHNEN

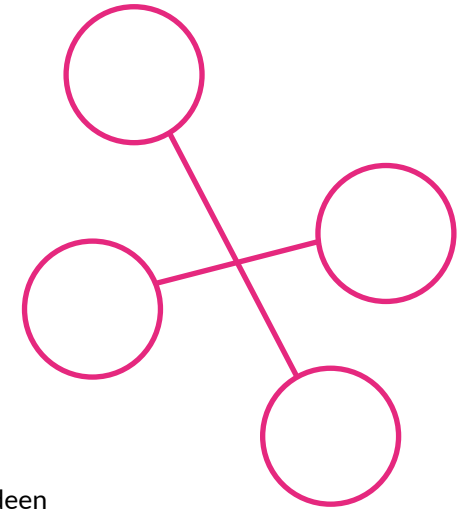
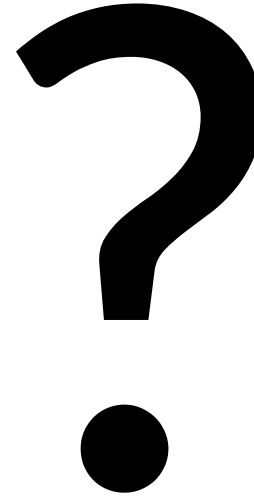
Einen Grund zur Hoffnung für Einrichtungen des betreuten Wohnens gibt es seit einer Gesetzesänderung, welche auf Druck von sozialen Trägern durchgesetzt wurde.

Der §578 Abs.3 BGB trat am 1. Januar 2019 in Kraft. Er besagt, dass Wohnungen, die von sozialen Trägern für die Betreuung besonders hilfsbedürftiger Menschen angemietet werden, bei Kündigungen unter das Wohnraummietrecht fallen. Dies betrifft aber lediglich neuere Anmietungen, welche ab dem 1. Januar 2019 stattgefunden haben.

F A Z I T

Es kann nicht angehen, dass der Erhalt der sozialen Infrastruktur in Berlin vom Wohlwollen der Eigentümer*innen abhängt. Es braucht Mittel wie Gemeinbedarfsflächen in Bebauungsplänen, welche aber auch durch die Bezirke angewandt werden müssen. Ebenso bedarf es effektivem juristischem Schutz für soziale Einrichtungen, also Gesetzesänderungen, die diesen ermöglichen. So muss der §578 Abs.3 auch auf ältere Mietverträge von Wohnungen anwendbar sein, in denen stattfindet. Die Landesregierung hat viele der Immobilien, in denen soziale Einrichtungen sind, verkauft und lässt nun die sozialen Träger im Regen stehen, die die öffentlichen Aufgaben wie Kitas und Jugendzentren übernehmen. Es braucht eine öffentliche politische Auseinandersetzung mit der Verdrängung von sozialer Infrastruktur.

Was tun



Nachdem ihr die rechtlichen Möglichkeiten geklärt habt, überlegt euch, wie ihr weiter vorgehen wollt. Euer Rechtsbeistand kann euch auch sagen, inwieweit es taktisch klüger sein kann, erst einmal etwas dezenter in der Öffentlichkeit aufzutreten. Wenn ihr mit einer* einem privaten Eigentümer*in im Gespräch seid, könnte es ungünstig sein, gleich den ganzen Kiez zu mobilisieren. Denkt aber daran, dass es der Gegenseite immer daran gelegen ist, die Angelegenheit – also euren Rauswurf – diskret und ohne viel Öffentlichkeit über die Bühne zu bringen.

SUCHT EUCH VERBÜNDETE

„Allein machen sie dich ein“ gilt auch und vor allem dann, wenn euch ein*e renditeorientierte*r Vermieter*in entgegensteht. Die Verdrängungsprozesse der letzten Jahre haben auch zur Folge, dass ihr nicht die Einzigen seid, die betroffen sind. Viele Kinder- und Jugendeinrichtungen müssen oder mussten das Gleiche durchmachen. Es ist sinnvoll, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Wir stellen euch im Folgenden Ideen vor, aus denen ihr die für euch passenden Werkzeuge wählen könnt.

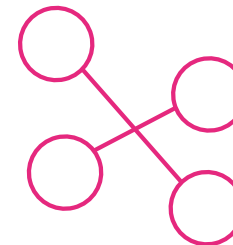
Für einige Einrichtungen ist es leichter, gemeinsam mit betroffenen Kindern und Eltern Aktionen durchzuführen, die Aufmerksamkeit erregen, als für andere. Beispielsweise kann eine Kita ein Play-in vor dem Bezirksamt oder dem Büro des*der Eigentümer*in veranstalten, an der sich Kinder und Eltern beteiligen können. Für eine betreute therapeutische Wohngemeinschaft für Jugendliche ist eine solche Aktion vielleicht weniger geeignet. Schaut, was für euch machbar ist und werdet kreativ! Vielleicht bringen euch die Tipps auf ganz andere Ideen! Dann lasst uns bitte teilhaben daran. Vernetzt euch mit anderen Betroffenen, mit Nachbar*innen und bestehenden Initiativen, schafft Öffentlichkeit für das, was euch passiert.

Wir haben die Ideen jeweils den Bereichen Öffentlichkeit und Vernetzung zugeordnet. Bei einigen Tipps lässt sich das nicht so gut trennen. Es ist trotzdem sinnvoll im Auge zu behalten, welche Aktionen eher nach Innen wirken (also innerhalb des Netzwerks von Unterstützer*innen) und welche sich an die Öffentlichkeit richten. Öffentlichkeitswirksame Aktionen üben Druck auf die Vermieter*innen aus. Wer will schon von allen als der*diejenige dastehen, der*die kleine Kinder auf die Straße setzt? Aber genau das ist die Folge, wenn Renditeinteressen dafür sorgen, dass beispielsweise eine Kita schließen muss.



Ö F F E N T L I C H K E I T

Bei allem was ihr an die Öffentlichkeit gebt, vergesst nicht, euch in einen Zusammenhang zu stellen. Ihr erkämpft eure Räume nicht nur für euch, sondern für uns alle! Jede gerettete Kita, jedes gesicherte Jugendzentrum und jeder erkämpfte Spielplatz kommt uns allen zugute. Es geht nicht nur um euch, es geht um ein solidarisches und soziales Miteinander und um eine Gesellschaft, die nicht die Rendite in den Vordergrund stellt. Es ist wichtig, das immer wieder zu betonen. Es mag einzelne treffen, aber gemeint sind wir alle!



V E R N E T Z U N G

Ihr seid mit eurem Problem nicht allein, darum solltet ihr auch nicht alleine kämpfen (müssen). Geht offen mit eurem Problem um, dass es euch trifft ist nicht eure Schuld. Vernetzung bedeutet, sich und das eigene Anliegen in einen Zusammenhang zu bringen. Wer ist auch betroffen? Wer kann helfen? Gemeinsam können diese ein Netzwerk von Unterstützer*innen bilden.

BETROFFENE KÖNNEN SEIN

- Andere Kinder- und Jugendeinrichtungen im Kiez oder in der Stadt (oder auch in anderen Städten/Ländern?)
- Andere Einrichtungen in der Nachbar*innenschaft wie Gewerbetreibende, Handwerksbetriebe, Kultureinrichtungen, Mieter*innen und alle, die von Verdrängung bedroht sind

HELFER*INNEN ODER VERBÜNDETE KÖNNEN SEIN

- Nachbar*innen, Nachbarschaftsinitiativen
- Auf politischer Ebene: Bezirksverordnete, Wahlkreisabgeordnete des Abgeordnetenhauses
- Vereine/Verbände: Sozialverbände, DAKS, etc.



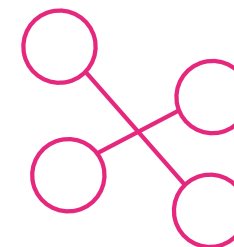
INFORMIERT DIE PRESSE

Ein wichtiges Mittel um die Öffentlichkeit zu informieren sind die Medien, also die gedruckten Zeitungen und Zeitschriften ebenso wie Radio, Fernsehen und die (ausschließlich) digitalen Angebote. Stellt euch einen Presseverteiler zusammen und denkt auch an kleine Stadtteilzeitungen, Vereins- und Verbandszeitschriften (z.B. der AWO, der Gewerkschaften, des Mietervereins etc.). Wenn möglich, findet in jeder Redaktion diejenige Person heraus, die für euer Thema zuständig ist. Vielleicht habt ihr gerade von einem ähnlichen Fall gelesen, dann notiert euch den Namen des*der Autor*in. Oder ihr fragt direkt in der Redaktion nach. Vielleicht gibt es auch direkte private Kontakte...hört euch um! Je genauer das Anliegen passt, um so größer ist die Chance, dass über euch berichtet wird.

Wenn ihr den Presseverteiler zusammengestellt habt, geht es an die Pressemitteilung. So nennt sich eine Information an die Redaktionen der Medien. Es geht nicht darum, einen langen Text zu schreiben, der dann abgedruckt wird, sondern die wichtigsten Informationen zusammen zu tragen. Schreibt gleich in der Überschrift und im ersten Satz worum es konkret geht. Also z.B. „Jugendtreff soll Mietbüro-Kette weichen“ und „Die Jugendarbeit im Bezirk wird massiv beeinträchtigt“. Dann kurz die Fakten. Hier empfehlen die meisten Ratgeber die sechs W, oder W-Fragen, zu berücksichtigen: Wer, Wo, Wann, Was, Wie, Warum.

Damit sich das alles trotzdem nicht wie ein Polizeibericht liest, lasst eine Geschichte anklingen. Ein Zitat einer betroffenen Jugendlichen, die in dem Jugendtreff Freund*innen gefunden hat, um über ihre Probleme zu Hause zu reden oder ähnliches. Die Pressemitteilung soll neugierig machen und den*die Journalist*in dazu bringen, sich eurer Geschichte anzunehmen. Ihr findet im Anhang einige Links zu informativen Seiten.

Achtet noch darauf, wann ihr die Pressemitteilung losschickt. Wenn sie vormittags zwischen 8:00 und 12:00 Uhr in den Redaktionen ankommt, sind die Chancen höher, dass sie auch gelesen werden.



NUTZT DIE SOZIALEN MEDIEN UND DAS INTERNET

Ein weiteres wichtiges Mittel um die Öffentlichkeit zu informieren sind Social Media-Plattformen, also Facebook, Twitter, Instagram oder eure eigene digitale Präsenz wie eure Homepage oder ein Blog. Hier werden Informationen direkt verbreitet, ohne dass sie nochmals von einer Redaktion bearbeitet (oder geprüft) werden. Habt ihr bereits einen Account bei einer der Plattformen? Dann nutzt diesen oder erstellt euch einen neuen, das geht ganz schnell. Twitter und Facebook eignen sich auch hervorragend dafür, Verantwortliche direkt anzusprechen. Zum Beispiel können die Eigentümer*innen gefragt werden, ob sie wirklich die Jugendarbeit im Kiez derart verhindern wollen oder die Kinder der Kita auf die Straße setzen wollen. Der befürchtete Imageschaden durch solche Posts bringt die Adressat*innen oft schneller dazu, zu reagieren als alle Mails und Briefe zusammen.

Sucht schöne Bilder von euch und eurer Einrichtung heraus oder macht neue, dreht kleine Videos und zeigt, wofür ihr euch einsetzt! Ihr müsst nicht alle Kanäle bespielen und einiges lässt sich auch automatisieren, sodass z.B. ein Posting bei Instagram auch bei Facebook erscheint.





STELLT EINE ANFRAGE AN DAS BEZIRKSAMT

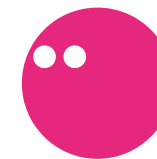
Es gibt für jede*n im Bezirk gemeldete*n Bürger*in die Möglichkeit, eine Anfrage an das Bezirksamt zu stellen. Diese Anfragen werden mündlich in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beantwortet. Dafür muss die*der Fragesteller*in persönlich anwesend sein. Hier könnte also gefragt werden, was der Bezirk konkret für die bedrohte Einrichtung tun kann oder, wie er andere Einrichtungen vor der Vertreibung schützen kann. Wie viele Fragen gestellt werden können ist von Bezirk zu Bezirk unterschiedlich. In Tempelhof-Schöneberg ist es eine Frage, in Friedrichshain-Kreuzberg sind es fünf Fragen. Informiert euch im Internet über die Gegebenheiten.

ACHTET AUF EINANDER UND ORGANISIERT EUCH GUT



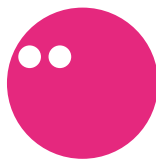
Sich gegen eine Verdrängung zur Wehr zu setzen kostet Energie und Ressourcen. Leider ist es oft so, dass einige wenige Leute die Arbeit und Verantwortung übernehmen. Das sorgt oft für Frust bei allen Beteiligten. Die einen ärgern sich, weil sie das Gefühl haben nicht alles mitbestimmen und mitentscheiden zu können, die anderen sind total gestresst und wollen nicht immer wieder nachfragen müssen, wenn schnell gehandelt werden muss. Redet miteinander, schreibt sorgfältig auf, was alles erledigt werden muss (auch die „mach ich eben nebenher“-Aufgaben) und teilt es transparent auf. Sorgt auch immer wieder für stressfreie Zeiten miteinander, unternimmt was Nettes zusammen, einen gemeinsamen Ausflug oder so.

Ihr braucht eure Kraft für das gemeinsame Ziel. Dabei sollten weder einzelne Personen, noch Freund*innenschaften oder ein gutes kollegiales Verhältnis unter eurem Kampf gegen Verdrängung leiden müssen.



ERSTELLT PLAKATE FLYER UND AUFKLEBER

Flyer und Plakate machen Informationen im Umfeld sichtbar. Flyer sind schnell gemacht, können farbig oder schwarz/weiß (günstiger beim Kopieren) sein, faltbar oder einfach als Zettel. Hier gilt: Eher wenig Text, dafür schöne Fotos und eine schöne Gestaltung sorgen dafür, dass die Flyer auch gelesen werden. Bleiwüsten mit wilden Beschimpfungen werden kaum gelesen. Besser: ihr schreibt wofür ihr kämpft, was ihr erhalten wollt und wofür ihr einsteht. Also anstatt „Nieder mit dem kapitalistischen Schweinesystem-Vermieter!“ lieber „Für eine solidarische Nachbarschaft und den Erhalt sozialer Projekte!“. Denn tatsächlich ist es ja das, wofür ihr euch einsetzt! Fragt in eurem Umfeld, ob jemand Talent zum Gestalten des Layouts hat. Gerade wenn ihr die Sachen drucken lassen wollt, sollte ein*e Grafiker*in da mal drüber gucken. Ganz wichtig: nennt eine Adresse (Website, Facebookseite, ...), unter der sich Menschen informieren können. Viele wollen gerne tätig werden, wenn sie von solchen Ungerechtigkeiten erfahren. Auf eurer Seite könnt ihr dann darüber informieren, wie das möglich ist. Gibt es eine Demo, eine Protestaktion oder habt ihr eine Petition gestartet? Sammelt ihr Unterschriften oder wollt einen offenen Brief veröffentlichen, für den ihr Unterzeichnende sucht? Und auch hier gilt das oben gesagte: stellt euer Anliegen in einen Zusammenhang. Auch wenn gerade eure Einrichtung betroffen ist, eine Lösung liegt im Interesse der ganzen Nachbar*innenschaft. Auch wenn ihr Aufkleber erstellt, auf die aus Platzgründen ja nicht viel draufpasst: nennt die Adresse eures Blogs, eures Instagram- oder anderer Accounts. Vergesst nicht, bei Druckerzeugnissen eine*n presserechtliche*n Verantwortliche*n zu benennen. Die Angabe „Verantwortliche*r im Sinne des Presserechts“ (meist mit V.i.S.d.P. abgekürzt) benennt die Person, die für den Inhalt einer Zeitung, Zeitschrift etc. verantwortlich ist. Auf Werbeschriften, einmaligen Infoschriften oder Ähnlichem ist dies meist nicht nötig.



VERANSTALTET EINEN INFOTAG

Ein Infotag ist eine gute Gelegenheit um Unterstützer*innen, Interessierte, Presse und Verbündete zusammen zu bringen. Ein „Tag der offenen Tür“ bietet eine gute Gelegenheit, um eure Einrichtung und euer Anliegen bekannt zu machen. Die meisten Nachbar*innen kennen euren Jugendtreff oder eure Kita nur von außen. An diesem Tag können sie sich mal ansehen, wie es drinnen aussieht, wer die betroffenen Kinder oder Jugendlichen sind und ein paar Sätze mit ihnen wechseln. Solche Tage bieten auch ohne die Bedrohung einer Verdrängung eine gute Gelegenheit, die Nachbarschaft kennen zu lernen. Ihr könnt ein Kuchenbuffet organisieren, Spiele für Kids veranstalten, Unterschriften sammeln und eure Geschichte darstellen.

Ladet breit ein: Nachbar*innen, Politiker*innen des Bezirks oder Wahlkreises, Vertreter*innen von Vereinen und Verbänden, Pressevertreter*innen, Nachbarschaftsinitiativen und andere Verbündete.

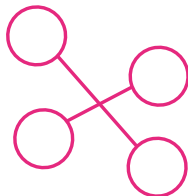
FÜHRT AKTIONEN UND/ODER BESUCHE DURCH

Eine schöne Möglichkeit um über euer Anliegen zu informieren sind Aktionen vor Ort, beispielsweise vor der Geschäftsstelle der Eigentümer*innen, der BVV des Bezirks oder an einem anderen öffentlichen Ort. Bei einem Play-in könnte z.B. mit Lastenrädern (die man sich ausleihen kann) Spielsand mitgebracht werden, damit die Kids dort buddeln können. Unter dem Motto „wir sitzen/spielen bald auf der Straße“ könnt ihr auf euer Thema aufmerksam machen und Infolyer an Interessierte verteilen. Solange ihr mobile Tische (mit Rollen, z.B. Lastenrad) verwendet, müsst ihr das Ganze auch nicht polizeilich anmelden. Ein Sandkasten mit Rollen dürfte also unbedenklich sein. Achtet wie bei allen anderen Aktionen darauf, dass alles gut dokumentiert auf euren Internetpräsenzen und/oder in den Medien erscheint.



SCHREIBT PROTESTPOSTKARTEN ODER STARTET PROTESTANRUF

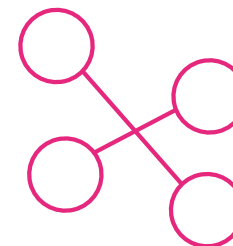
Eine schöne Form der Unterstützung sind Protestpostkarten, die ihr und eure Unterstützer*innen an diejenigen schicken, die für eure Misere verantwortlich sind oder euch helfen könnten. Also beispielsweise die Eigentümer*innen, die eure Miete erhöht oder euch gekündigt haben oder das Land oder der Bezirk, der nicht dazu beiträgt, eure Einrichtung zu erhalten. Vorgefertigte Postkarten haben den Vorteil, dass sie nur noch unterschrieben und abgeschickt werden müssen (ihr könnt sie auch einsammeln, um das Porto zu sparen). Die Unterstützenden müssen nicht selbst formulieren, um was es geht. Schön ist es, wenn sie die Möglichkeit aber haben, also noch genug Platz auf der Karte ist um selbst etwas zu formulieren. Die Karten könnt ihr entweder einsammeln und bei einem Besuch offiziell übergeben oder, wenn man euch nicht empfangen will, in Begleitung der Presse und/oder dokumentiert auf euren Social Media-Accounts in den Briefkasten werfen. Es gibt auch die Möglichkeit, Unterstützer*innen darum zu bitten, bei den entsprechenden Stellen anzurufen, um den Unmut über die Kündigung oder Mieterhöhung kundzutun. Wichtig ist bei allen Aktionen, dass den Verantwortlichen klar wird, dass ihr euch nicht ihren Renditebestrebungen unterordnet und still und leise verkrümelt.



SAMMELT UNTERSCHRIFTEN ODER STARTET EINE PETITION

Solange die Unterschriftensammlung keine rechtliche Relevanz hat, wie beispielsweise bei einem Volksbegehren oder Ähnlichem, spielen formale Kriterien keine Rolle. Hier geht es ja vor allem darum, eurem Anliegen mehr Gewicht zu verleihen und klar zu machen, dass viele Menschen hinter euch stehen. Eine Kopiervorlage ist schnell erstellt, schreibt kurz und prägnant worum es geht, z.B. „ich fordere den Erhalt des Jugendzentrums „Keule“ und die Rücknahme der Kündigung“, fügt eine Tabelle hinzu, mit den entsprechenden Feldern (Name/Adresse/Unterschrift) und kopiert die Vorlage so oft wie ihr sie benötigt. Die Unterschriften könnt ihr bei vielen Gelegenheiten sammeln: bei einem Straßenfest, wo einige von euch herumlaufen und sammeln oder wo ihr einen Infostand betreibt; bei euren Aktionen, vor dem Rathaus oder dem lokalen Flohmarkt...wo auch immer viele Menschen zusammenkommen. Auch nicht viel schwieriger ist es inzwischen eine Online-Petition zu starten, also eine Art Unterschriftensammlung im Netz. Über den Sinn solcher Online-Petitionen lässt sich streiten, es gibt unzählige Petitionen mit den absurdesten Forderungen. Sie dienen eher der Kommunikation im Netz, als dass sie wirklich eine politische Relevanz haben. Aber wenn ihr denkt, dass ihr euer Anliegen so auch im digitalen Raum verbreiten könnt, dann los!

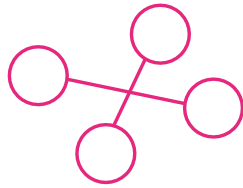
Im Anhang findet ihr Links zu den bekanntesten Plattformen.



SUCHT EUCH PAT*INNEN/ FÜRSPRECHER*INNEN

Gibt es in eurem Umfeld jemanden, der*die eine Patenschaft für euer Anliegen übernehmen könnte? Bekannte Persönlichkeiten aus der (lokalen) Politik oder Kultur, die sich eures Anliegens annehmen, sorgen dafür, dass ihr mehr Aufmerksamkeit bekommt. Fragt in eurem Freund*innenkreis, überlegt, wer vielleicht bei euch im Kiez wohnt oder vielleicht sogar direkt betroffen ist. Diese Person oder auch Organisation kann ihre Reichweite nutzen, in dem sie über eigene Kanäle auf euch aufmerksam macht. Im Idealfall steht sie auch für Presseinterviews und Aktionen zur Verfügung. Je mehr Beachtung ihr bekommt, um so wahrscheinlicher ist es, dass Vermieter*innen handeln.



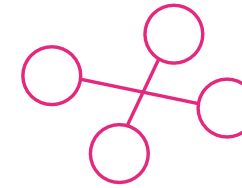


LEGT EINEN (INTERNEN) VERTEILER AN

Sammelt (Mail-)Adressen und Telefonnummern, schreibt bei Organisationen möglichst eine Ansprechperson dazu. Achtet darauf, dass ihr Adressen aus möglichst vielen Bereichen zusammen bekommt. Ihr könnt den Verteiler auch nochmal daraufhin einteilen.

Bereiche wären:

- Eigenes Klientel, also die Nutzer*innen der Einrichtung und deren Angehörige wie bspw. Eltern
- Nachbarschaftsinitiativen/Mieter*innenselbstorganisationen. Das sind in Berlin inzwischen eine ganze Menge, da viele betroffene Mietshäuser sich engagieren. Am besten denkt ihr hier von klein zu groß: gibt es bereits Initiativen im Haus, in der Straße, im Kiez, im Bezirk, in der Stadt? Das können organisierte Mieter*innen oder Gewerbetreibende sein, die Eckkneipe, die ums Überleben kämpft oder das Künstler*innenhaus, das weichen soll.
- Vereine und Verbände. Vielleicht seid ihr selbst Mitglied in einem Verband wie der AWO, dem Paritätischen oder beim DAKS. Oder es gibt innerhalb der Verbände schon Aktive, an die ihr euch wenden könnt, auch wenn ihr selbst nicht Mitglied seid.
- Wer ist auf der Verwaltungsebene für euch zuständig, im Jugendamt, Sozialamt, im Bezirk/Senat etc.? Mit wem habt ihr direkt zu tun und/oder in wessen Bereich fällt euer Thema? Hier ist es besonders wichtig, eine konkrete Ansprechperson zu benennen, damit euer Anliegen nicht zwischen die Ablagestapel rutscht.
- Bei Telegram beispielsweise kann man einen Infochannel einrichten. Das ist inzwischen eine gute Möglichkeit, viele Interessierte zu erreichen.



BESUCHT ODER VERANSTALTET KIEZVERSAMMLUNGEN

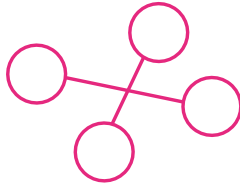
Gibt es regelmäßige öffentliche Treffen wie Kiez- oder Stadtteilversammlungen? In Kreuzberg finden (un)regelmäßig Kiezversammlungen zum Thema Verdrängung statt. Dort trifft man viele Unterstützer*innen und andere Betroffene und kann sich vernetzen. Das gibt es bei euch nicht? Na dann los, selber machen!

Überlegt euch gemeinsam mit weiteren Betroffenen, wann und wo ihr diese Versammlung durchführen wollt. Plant die Räume nicht zu klein, das Thema betrifft und interessiert immer mehr Menschen. Vielleicht gibt es ein Stadtteilzentrum mit größerem Raum oder ihr sucht euch (in Corona-Zeiten eh besser) einen Ort unter freiem Himmel, wo ihr die Versammlung durchführen könnt. Fragt in eurem Netzwerk und Bekanntenkreis herum, bei Sportvereinen oder Stadtteilzentren. Dann überlegt euch, wie ihr den Abend gestalten wollt. Es kann ein reiner Infoabend werden, an dem ihr und andere Betroffene die aktuelle Situation darstellen und es anschließend Fragen/Anregungen aus dem Publikum gibt. Überlegt euch, zu welchen Aktionen oder Demos ihr mobilisieren möchtet. Eine Wandzeitung mit wichtigen Terminen und Links ist immer prima, das können alle abfotografieren.

Vielleicht schafft ihr es ja auch, weitere Ideen zu sammeln. Je nach Anzahl der Teilnehmenden klappt das mal mehr, mal weniger gut. Achtet auf eine gute Moderation, die Quasselköpfe rechtzeitig das Mikro abdreht, bevor alle genervt die Versammlung verlassen. Auch auf eine Quotierung des Podiums und der Redner*innenliste solltet ihr achten. Reden nur weiße Männer? Gibt es Frauen, BIPOC, migrantische, jüngere, ältere Redner*innen mit und ohne Behinderungen?



LINKS



Nachbarschafts-, Stadtteilinitiativen/Selbstorganisationen in Berlin (Kreuzberg)

Bizim kiez <https://www.bizim-kiez.de>

Bündnis Zwangsräumung verhindern <https://zwangsraeumungverhindern.nostate.net>

NaGe-Netz Solidarisches Netzwerk von Nachbarschaft und Gewerbetreibenden in Berlin-Kreuzberg <https://nage-netz.de>

Kotti & Co, Die Mietergemeinschaft am Kottbusser Tor <https://kottiundco.net>

AKS Gemeinwohl <https://gemeinwohl.berlin>

Common Grounds e.V. <https://common-grounds.net>

Die GloReiche Nachbarschaft <https://www.gloreiche.de>

Wem gehört Kreuzberg? <http://www.wem-gehoert-kreuzberg.de>

Initiative Neue Berliner Linie <https://neueberlinerlinie.noblogs.org>

Stadt von unten <https://stadtvonunten.de>

Mietenpolitisches Dossiers <http://mietendossier.blogspot.de>

Wahlkreisabgeordnete des Abgeordnetenhauses

<https://www.parlament-berlin.de/de/Das-Parlament/Abgeordnete/Suche-nach-Wahlkreisen>

DaKS – Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden e. V. <https://daks-berlin.de>

Pressemitteilungen/Presseverteiler und weitere Tipps

<https://kreativisten.org/howtos/pressearbeit/pressemitteilungen/>

Protest-, und Aktionsformen <https://kreativisten.org/howtos/aktionsformen/>

Bürgeranfragen im Bezirksamt: www.berlin.de beim zuständigen Bezirk nachsehen

Telegram Infoverteiler (Kanal) anlegen

<https://www.giga.de/apps/telegram/tips/telegram-kanale-finden-beitreten-anlegen-und-verlassen-so-geht-s>

Wie man Pat*innen gewinnt

<https://startsocial.de/wissen/wie-paten-gewonnen-und-eingesetzt-werden>

Online Petitionen www.openpetition.com www.Change.org

Mehr zu Onlinepetitionen

<https://utopia.de/ratgeber/online-petitionen-plattformen-und-tipps-fuer-erfolgreiche-kampagnen/>

IMPRESSUM

Herausgeberin: Agentur für soziale Perspektiven e.V. – ASP
Lausitzer Str. 7
10999 Berlin
mail@aspberlin.de
www.aspberlin.de www.gentrifidinsbums.blog

Texte: Kerstin Bühler, Paul Frey-Schaaber, Morgana Paranhos Albrand

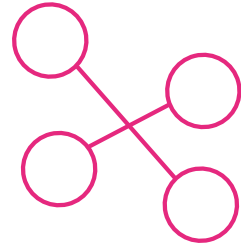
Layout: Isa MacLean

Dank an die Schilleria, die Kinderläden Bande und Trau Dich und an die Potse/Drugstore für ihre Beiträge und an Yannik Reymann fürs Lektorat.

Unser Dank und unser Respekt geht an alle, die sich gegen Verdrängung engagieren und für eine Stadt für Alle einsetzen, all die Mieter*inneninitiativen, Hausgemeinschaften und Kneipenkollektive, Kitas und autonome Jugendzentren, die Stadtteilinis, Kiezläden und Bündnisse gegen Zwangsräumungen, die von unten dafür sorgen, dass die Stadt für Alle lebenswert (und bezahlbar) bleibt und die durch ihr Tun die Verantwortlichen in der Politik vor sich hertreiben.

Wir sind glücklich, ein Teil davon zu sein.

Berlin 2021



Es geht nicht nur um eine gerettete Kita, ein gesichertes Jugendzentrum oder einen erkämpften Spielplatz.

Es geht um ein solidarisches und soziales Miteinander und um eine Gesellschaft, die nicht die Rendite in den Vordergrund stellt.

Es mag einzelne treffen,
aber gemeint sind
wir alle!



Gefördert durch die

Aktion
MENSCH